

Wochenbericht

Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch

Seite 2

Im Abschwung sparen, im Aufschwung ausgeben – das ist das klassische Wechselspiel von Sparquote und privatem Verbrauch. Im jüngsten Konjunkturzyklus indes gab es eine außergewöhnliche Entwicklung: Die Einkommen der privaten Haushalte stiegen, aber auch die Sparquote ging nach oben. Doch dieser Trend geht allein auf das Konto der obersten Einkommensgruppen: Während die untere Hälfte der Haushalte überhaupt nicht spart, konnten Spitzenverdiener stetig mehr Geld zurücklegen.

Von Karl Brenke

„Privater Verbrauch: Niedrige Einkommen profitieren nicht vom Aufschwung“

Seite 13

Fünf Fragen an Karl Brenke

Und wieder eine Steuerreform, die diesen Namen nicht verdient

Seite 16

Kommentar von Alexander Kritikos

Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch

Der private Verbrauch hat sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik nur schwach entwickelt. Stattdessen wurde vermehrt gespart. Ein großer Teil der Haushalte – 40 Prozent – kann allerdings kein Geld zurücklegen. Sparen können vor allem die Bezieher hoher Einkommen. Die zunehmende Spartätigkeit hängt deshalb damit zusammen, dass sich die Verteilung der verfügbaren Einkommen hin zu den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie hin zu den Haushalten mit einem hohen Einkommen verschoben hat. Die Lohnentwicklung war schwach, und die Sozialleistungen waren bis zur jüngsten Krise auf dem Rückmarsch.

Haushalte mit hohen Einkünften sparen generell nicht nur mehr als die Bezieher mittlerer oder geringer Einkommen, sondern sie haben in der Zeit vor der Krise den Anteil ihrer Einnahmen, der in die Ersparnisse floss, sogar noch deutlich aufgestockt. Im Jahr 2009 entfielen 60 Prozent aller laufenden monatlichen Ersparnisse auf das Viertel aller Haushalte mit dem höchsten Einkommen. Haushalte mit geringem Einkommen haben dagegen nicht vermehrt gespart. Der seit Jahren schwache Konsum in Deutschland ist mithin auch auf die starke Einkommensverteilung zurückzuführen. Hinzukommen dürften Verhaltensänderungen insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion über die private Altersvorsorge.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 bedeutete für den Trend der Einkommensumverteilung ein vorübergehendes Aussetzen, denn die Krise wirkte sich vor allem auf die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dämpfend aus. Getroffen wurden also vorrangig Haushalte mit hohen Einkommen. Allerdings gibt es starke Anzeichen dafür, dass nach dem Ende der Rezession solche Einkommen nun wieder besonders kräftig zulegen.

Die deutsche Wirtschaft ist aus der jüngsten Krise mit raschem Tempo wieder herausgekommen. Der Produktionseinbruch blieb im Wesentlichen auf die Exportwirtschaft beschränkt und währte nur wenige Monate, da Absatzeinbrüche in westlichen Industrieländern durch eine verstärkte Nachfrage der Schwellenländer zu einem großen Teil kompensiert werden konnten. Weil sich auf dem Arbeitsmarkt die Folgen in Grenzen hielten, wurde die Inlandsnachfrage nur wenig gedrückt – und somit unterblieb ein Übergreifen auf andere Sektoren. In Deutschland hatte die Krise damit einen völlig anderen Charakter als etwa in den USA oder Spanien, wo sie durch eine überschäumende Inlandsnachfrage entstand, deren Rückgang zu massiven Beschäftigungseinbrüchen führte.

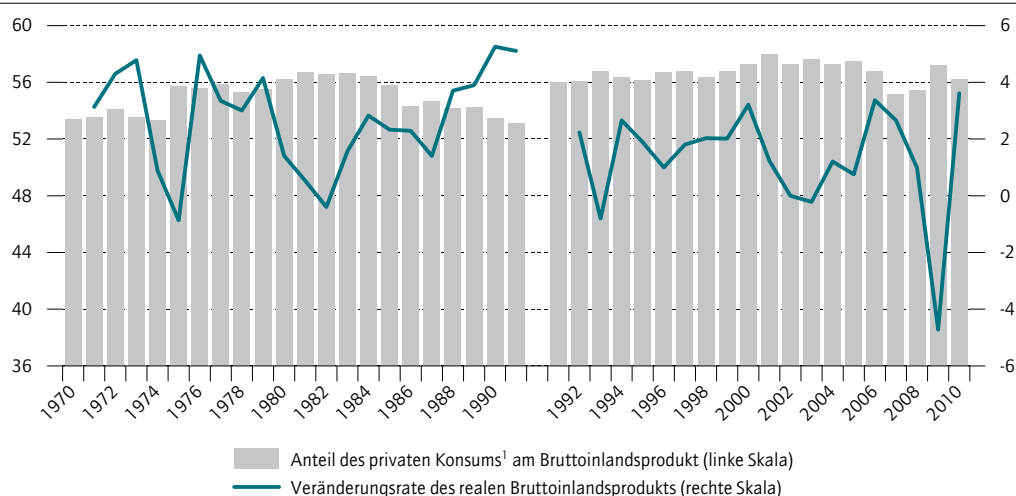
Hierzulande entwickelt sich dagegen die inländische Nachfrage schon seit längerer Zeit vergleichsweise schwach. Angesichts der schweren und zum Teil noch anhaltenden Krise andernorts könnte das als Vorteil angesehen werden. Das wäre aber kurzfristig, denn die Vernachlässigung der Inlandsnachfrage und die starke Ausrichtung auf den Export führen zu einer großen Abhängigkeit vom Ausland sowie zu starken Ungleichgewichten und Spannungen im internationalen Wirtschaftsaustausch. Vor allem aber: Wenn eine Volkswirtschaft wie die deutsche stetige Leistungsbilanzüberschüsse vorweist, ist das zwar Ausdruck von Stärke im internationalen Wettbewerb, die aber in den vergangenen Jahren in nur geschmälertem Maße dem Wohlstand einer breiten Masse der privaten Haushalte zugute gekommen ist.

Im Folgenden wird den Ursachen für die schwache Entwicklung des Konsums in Deutschland nachgegangen. Zunächst werden Daten der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet, danach Ergebnisse von Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – einer im Auftrag des DIW Berlin von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführten regelmäßigen, hinreichend repräsentativen Bevölkerungsumfrage.

Abbildung 1

Privater Konsum und Bruttoinlandsprodukt

In Prozent



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Der private Konsum ist das mit Abstand wichtigste Nachfragesegment der Volkswirtschaft.

Privater Konsum selten die Konjunkturlokomotive in der Bundesrepublik

Der private Konsum ist in Deutschland wie in allen anderen Industrieländern das weitaus wichtigste Nachfragesegment der Volkswirtschaft; in den letzten 40 Jahren bewegte er sich in der Größenordnung von 53 bis 58 Prozent der Wirtschaftsleistung. In den 70er Jahren stieg der Anteil stufenartig an; im darauf folgenden Jahrzehnt ging er der Tendenz nach deutlich zurück (Abbildung 1). Mit der deutschen Vereinigung nahm die Bedeutung des privaten Verbrauchs als Nachfragekomponente schlagartig zu, denn bei den Bürgern der neuen Bundesländer hatten sich über Jahrzehnte unbefriedigte Konsumwünsche aufgestaut. Anfang der 90er Jahre war in Ostdeutschland der private Verbrauch nur wenig geringer als die gesamte Wirtschaftsleistung; ein so hoher Konsum war nur aufgrund hoher Transfers aus dem Westen möglich.

Im vergangenen Jahrzehnt ging der Anteil des privaten Verbrauchs – bezogen auf die Wirtschaftsleistung – dann wieder zurück. Insgesamt zeigt sich, dass in Deutschland die Bedeutung des privaten Konsums meist dann gewachsen ist, wenn es eine konjunkturelle Schwächephase gab – und in Aufschwungphasen nahm seine Rolle generell ab; die Ausnahme war die Zeit nach der deutschen Einheit.¹ Der private Konsum

hatte hierzulande also oft nur eine die Konjunktur stabilisierende Wirkung und war in der Regel nicht die treibende Kraft der Konjunktur.

Ein weiteres Segment der Verteilung des Bruttoinlandsproduktes ist der staatliche Konsum. Er belief sich in den letzten Jahrzehnten fast durchweg auf einen Wert von knapp 20 Prozent der Wirtschaftsleistung; nur Anfang der 70er Jahre war er merklich geringer (Abbildung 2). Die Bruttoanlageinvestitionen als weitere Verwendungskomponente kamen damals auf ein Viertel der Wirtschaftsleistung. Danach nahm ihre Bedeutung dem Trend nach ab – besonders stark im letzten Jahrzehnt. Der Außenbeitrag – also der Saldo von Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen – war fast immer positiv, abgesehen von der Zeit der zweiten Ölkrise und den ersten Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung.² In den 80er Jahren sowie seit 2000 ist der Überschuss enorm gewachsen. Trotz eines Rückgangs in der jüngsten Krise belief er sich im letzten Jahr noch auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Oft standen deutlich anziehende Exporte am Anfang eines konjunkturellen Aufschwungs in der Bundesrepublik – die stimulierenden Impulse kamen also nicht aus der Wirtschaft in Deutschland selbst, sondern aus dem Ausland. Die Investitionen und der private Konsum zogen dann nach.

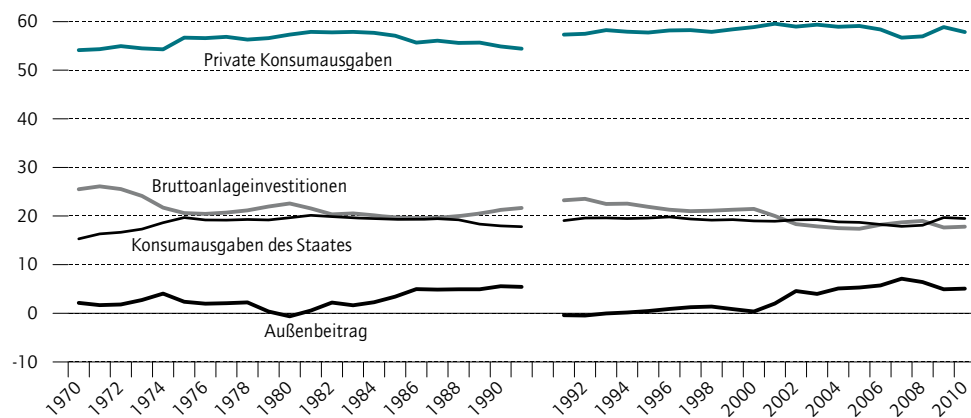
¹ So zeigt sich ein deutlicher negativer Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Abweichung des Anteils des privaten Konsums von seinem langjährigen Durchschnitt in Prozentpunkten für die Zeit von 1971 bis 2010 (bei linearer Regression: $R^2 = 0,32$).

² Im Außenhandel mit Waren konnte die Bundesrepublik seit 1952 immer einen Überschuss erzielen.

Abbildung 2

Anteile der wichtigsten Verwendungskomponenten am Bruttoinlandsprodukt

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind seit den 70er Jahren deutlich gesunken.

Im letzten Konjunkturzyklus besonders schwacher privater Verbrauch

Wie sehr der private Verbrauch in Deutschland an Bedeutung eingebüßt hat, lässt sich an einem Vergleich der letzten beiden Konjunkturzyklen zeigen. Dabei stellt sich das Problem, dass es keine allgemeingültige Definition gibt, wie die einzelnen Zyklen zeitlich abzugrenzen sind. Probleme bereitet sowohl die Bestimmung des Beginns eines Aufschwungs als auch des Endes einer Abschwungphase. Besonders schwierig ist die Einordnung der Jahre von 2002 bis 2005, in denen die Wirtschaftsleistung weitgehend stagnierte. Mitunter werden sie überhaupt keinem Zyklus zugeordnet, wobei unterstellt wird, dass es in einer Wirtschaft, die keinen außergewöhnlichen Einflüssen unterliegt, eine konjunkturlose Zeit geben könnte.³ Bei der hier verwendeten Abgrenzung werden diese Jahre einbezogen. Um zu zeigen, dass der private Konsum an Bedeutung verloren hat, kommt es vor allem auf die Aufschwungsphasen an. Im Abschwung wird der Konsum auch in erheblichem Maße vom Bezug von Sozialleistungen beeinflusst, also von den sogenannten „automatischen Stabilisatoren“ gestützt.

Im vorletzten Konjunkturzyklus – der Zeit vom zweiten Quartal 1997 bis zum vierten Quartal 2003 – folgte der Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur kurze Zeit später eine Ausweitung des privaten Verbrauchs (Abbildung 3). Dessen Wachstum fiel im Aufschwung ähnlich stark wie das des Bruttoinlandsproduktes aus. Als die Wirtschaftsleistung ihren Höhepunkt erreicht hatte, expandierte der private

Konsum noch eine Zeit lang – und brach dann ein. In diesem Zyklus entwickelte sich der Konsum der privaten Haushalte also weitgehend parallel – wenn auch etwas zeitversetzt – zur Wirtschaftsleistung.

Anders sah es dagegen im letzten Konjunkturzyklus aus, also im Zeitraum vom ersten Quartal 2004 bis zum vierten Quartal 2009. Als die Produktion anzog, verharrte der private Konsum zunächst. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2006 stieg er spürbar – aber nur kurze Zeit. Schon Anfang 2007 schwächte er sich ab, was vielleicht auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer steuerlichen Änderungen damals gelegen haben mag. Anschließend stagnierte der Konsum weitgehend, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion noch weiter kräftig zulegte. Als diese dann massiv einbrach, ging der private Konsum erst mit einem größeren Zeitverzug zurück – und auf relativ niedrigem Niveau nur wenig. In diesem Zyklus gab es also eine weitgehende Abkoppelung des Verlaufs des privaten Verbrauchs von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung.

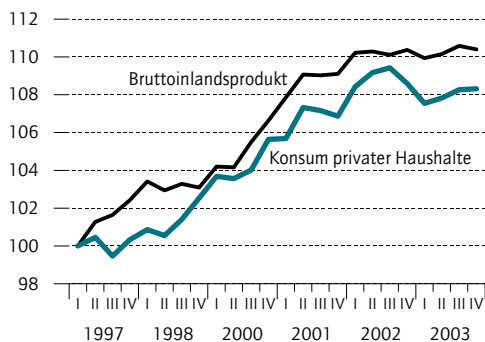
Es stellt sich daher die Frage, warum im letzten Konjunkturzyklus der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht mit einer entsprechenden Ausweitung des Konsums der privaten Haushalte einherging. Am Ausmaß des Produktionswachstums kann es nicht gelegen haben, denn dieses fiel im Aufschwung ebenso stark aus wie im vorhergehenden Zyklus. An der Entwicklung des verfügbaren Einkommens kann es auch nicht gelegen haben. Während im 1997 beginnenden Zyklus das Wachstum von Bruttoinlandsprodukt und verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte noch weitgehend deckungsgleich waren, entwickelte sich im letzten Konjunkturzyklus das verfügbare Einkommen etwas

³ Vgl. Horn, G., Logeay, C. Zwiener, R.: Wer profitierte vom Aufschwung? IMK-Report Nr. 27, Düsseldorf 2008.

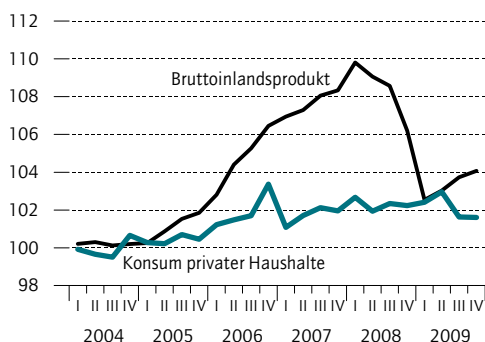
Abbildung 3

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und des realen Konsums der privaten Haushalte im Zyklenvergleich

Index 1. Quartal 1997 = 100, saisonbereinigt



Index 4. Quartal 2003 = 100, saisonbereinigt

Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Im letzten Konjunkturzyklus blieb der private Konsum deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

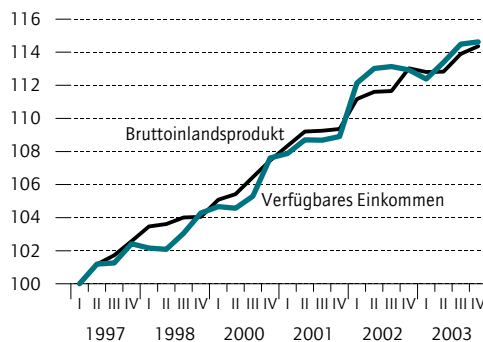
schwächer als die Wirtschaftsleistung (Abbildung 4). Die Wachstumsunterschiede waren aber längst nicht so groß, um die Schwäche des privaten Verbrauchs bis zur jüngsten Krise zu erklären. Folglich bleibt als Ursache nur, dass sich in den letzten Jahren die Konsumenten mit Käufen zurückhalten und vermehrt gespart haben.

So legt der Vergleich der Konjunkturzyklen auch völlig unterschiedliche Entwicklungen im Verbraucherverhalten offen. In dem 1997 beginnenden Zyklus zeigen die Konsumenten das „klassische Muster“: Im Aufschwung wurde ein größerer Teil des verfügbaren Einkommens ausgegeben und entsprechend weniger gespart, im darauf folgenden Abschwung nahm der Anteil der Ersparnisse am Einkommen zu (Abbildung 5). Im 2004 einsetzenden Zyklus stieg die Sparneigung hingegen auch schon im Aufschwung. Der private Konsum kam also in den letzten Jahren deshalb nicht voran, weil sich die Konsumenten antizyklisch verhielten: Sie sparten gerade dann, als sie sich einen vermehrten Konsum leisten konnten.

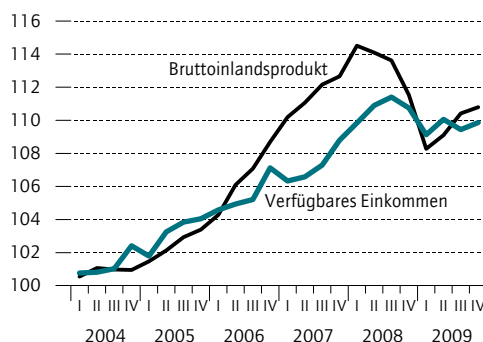
Abbildung 4

Entwicklung des verfügbaren Einkommens und des Bruttoinlandsprodukts im Zyklenvergleich

Index 1. Quartal 1997 = 100, saisonbereinigt, nominale Werte



Index 1. Quartal 2004 = 100, saisonbereinigt, nominale Werte

Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Das BIP-Wachstum hatte sich im letzten Konjunkturzyklus vom Wachstum der verfügbaren Einkommen abgesetzt.

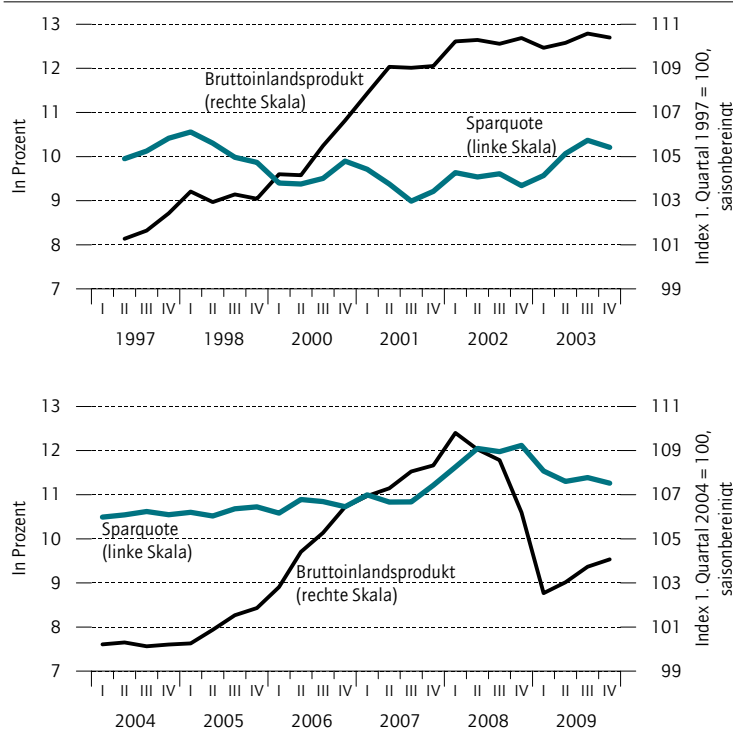
Umverteilung der Einkommen hin zu den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ...

Zur Erklärung dieses Phänomens hilft zunächst ein Blick auf die Verteilung des Volkseinkommens. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird zwischen zwei grundlegenden Einkommensarten unterschieden: den Arbeitsentgelten (Bruttolöhne und die von den Arbeitnehmern sowie den Arbeitgebern zu entrichtenden Sozialabgaben) einerseits und den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – jeweils vor Steuern – andererseits.⁴ Zusammen ergeben sie das Volkseinkommen. Andere Einkommen wie die Sozialleistungen werden aus diesen Quellen finanziert. Im 1997 beginnenden Aufschwung ist

⁴ Während die amtliche Statistik bei den Arbeitsentgelten auf gute Datenquellen zurückgreifen kann, ist sie bei der Ermittlung der Einkünfte aus Selbständigkeit und Vermögen zu einem erheblichen Teil auf Schätzungen angewiesen, die immer eine gewisse Unsicherheit enthalten.

Abbildung 5

Entwicklung der Sparquote¹ und des realen Bruttoinlandsproduktes im Zyklenvergleich



¹ Sparen (ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche) in Prozent des verfügbaren Einkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

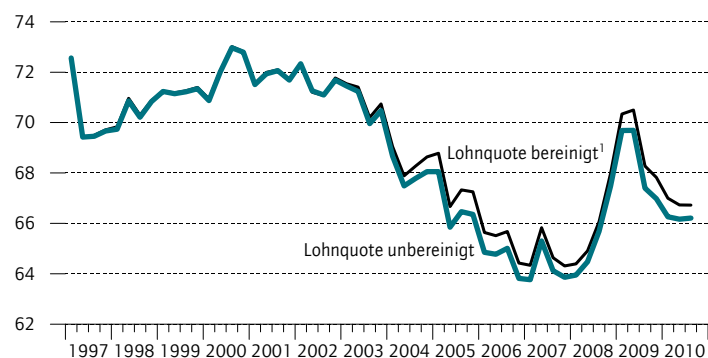
DIW Berlin 2011

Der Vergleich der Konjunkturzyklen offenbart eine völlig unterschiedliche Entwicklung der Sparquote.

Abbildung 6

Entwicklung der Lohnquote

Arbeitsentgelte in Prozent des Volkseinkommens, saisonbereinigt



¹ Bereinigt um die im Zeitverlauf sich verändernden Anteile an der gesamten Arbeitszeit, die auf die Arbeitnehmer und die Selbständigen entfallen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Seit 2001 ging die Lohnquote deutlich zurück – nur der massive Schock der Finanzkrise kehrte diesen Trend zeitweilig um.

der Anteil der Arbeitsentgelte am Volkseinkommen etwas gestiegen. Mit dessen Ende sank die Lohnquote dann – und zwar nicht nur im dann einsetzenden Abschwung, sondern auch im gesamten Aufschwung des darauffolgenden Zyklus⁷ (Abbildung 6). Die Lohnbezieher haben also – was die Einkommen vor Steuern und Abgaben anbelangt – von der Wirtschaftsentwicklung von 2001 bis Anfang 2008 in relativ geringem Maße profitieren können. Das gilt auch, wenn der in den letzten Jahren wachsende Anteil der selbständigen Beschäftigung berücksichtigt wird.⁵ Erst in der jüngsten Krise nahm die Lohnquote wieder zu – und zwar sehr kräftig, da die Selbständigeneinkommen und Vermögenseinkünfte viel stärker als die Arbeitsentgelte unter Druck kamen. Weil sich die Gewinne und Vermögenserträge in jüngster Zeit wieder deutlich besser als die Arbeitsentgelte entwickeln, sank zuletzt die Lohnquote wieder – und zwar sehr rasch.

Entscheidend für den Konsum sind freilich die für den Konsum verfügbaren Einkommen – und diese bereinigt um die Teuerung.⁶ Im 1997 beginnenden Zyklus stiegen nach den Daten der amtlichen Statistik⁷ die realen Nettolöhne in der Summe weitgehend ähnlich wie die Einkommen aus Selbständigkeit und Betriebsüberschüssen (also: Unternehmereinkünfte) und Vermögen (Abbildung 7). Der damalige leichte Anstieg der Lohnquote hatte also kaum Einfluss auf die Verteilung. Erstaunlich ist allerdings, dass im damaligen Wirtschaftsaufschwung auch die monetären Sozialleistungen anwuchsen, da üblicherweise in konjunkturell guten Zeiten die Unterstützungsleistungen wegen sinkender Arbeitslosigkeit abnehmen. Der Rückgang der Leistungen für Arbeitslosigkeit wurde zu jener Zeit durch den anhaltend kräftigen Anstieg der gesetzlichen Renten mehr als kompensiert.

Das war im 2004 beginnenden Zyklus nicht mehr der Fall. Die Sozialleistungen nahmen im Aufschwung aufgrund sozialpolitischer Reformen sowie einer – zeitverzögert – anziehenden Beschäftigung deutlich ab. Mit der Krise und wachsender Unterbeschäftigung

⁵ Um Veränderungen in der Zusammensetzung der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen, wird üblicherweise eine bereinigte Lohnquote berechnet. Hier wurde der sich im Zeitverlauf verändernde Anteil des Arbeitsvolumens verwendet, der auf die Arbeitnehmer und die Selbständigen entfiel. Ein solches Verfahren täuscht allerdings eine Scheingenauigkeit bei der Bestimmung der Aufteilung des Volkseinkommens vor. Denn es wird der Eindruck vermittelt, dass den Arbeitsentgelten lediglich die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit gegenüberstehen würden. Zu berücksichtigen wären aber noch die Vermögenseinkünfte; sie waren in den Jahren von 2004 bis 2009 insgesamt zweieinhalb Mal so hoch wie die Selbständigeneinkünfte.

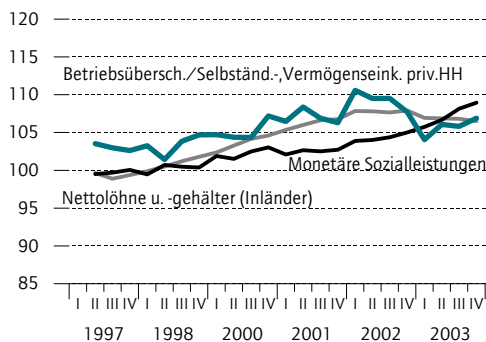
⁶ Zur Preisbereinigung wurde hier der Index der Verbraucherpreise verwendet.

⁷ Die amtliche Statistik weist für einzelne Arten von Einkommen Daten aus, in denen die wichtigsten Steuern und Abgaben ausgeklammert sind. Die so genannten Abgaben auf soziale Leistungen und die verbrauchsnahe Steuern sind allerdings enthalten. Sie sind aber nicht von großer Bedeutung und deshalb für die Analyse hier nicht von Belang.

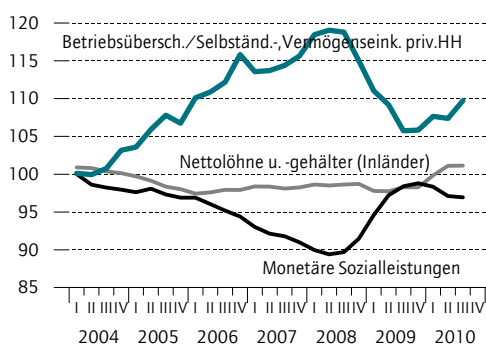
Abbildung 7

Entwicklung der wichtigsten Einkommensquellen im Zyklusvergleich

Index 2004 = 100, saison- und preisbereinigt



Index 4. Quartal 2003 = 100, saison- und preisbereinigt

Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

In den 90er Jahren entwickelten sich Unternehmensgewinne, Löhne und Sozialleistungen annähernd im Gleichklang – ganz anders als im jüngsten Konjunkturzyklus.

zogen sie dann sprunghaft an.⁸ Die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen im Aufschwung allerdings viel stärker als im vorhergehenden Zyklus. In der jüngsten Krise kam es dann zu einem starken Einbruch. Ganz anders war die Entwicklung bei der Nettolohnsumme: Sie sank von 2004 bis Ende 2005, nahm dann kurze Zeit leicht zu und stagnierte danach – auch in der Krise. An den Lohneinkommen scheint also der letzte Konjunkturzyklus vorbeigegangen zu sein. Aktuell – die jüngsten Zahlen liegen für das dritte Quartal 2009 vor – bewegt sich die um die Teuerung bereinigte Nettolohnsumme auf dem

⁸ Bei der letzten Krise kamen neben verstärkten Zahlungen von Arbeitslosengeld auch in größerem Umfang als früher Zahlungen für Kurzarbeit hinzu, weil die Inanspruchnahme von Kurzarbeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiver gestaltet wurden, was zu zusätzlichen Sozialleistungen geführt hat. Der starke Anstieg der Sozialleistungen in der jüngsten Krise hängt auch damit zusammen, dass die Volatilität dieses Einkommensaggregats deshalb viel stärker als früher vom Geschehen auf dem Arbeitsmarkt abhängt, weil die Rentenzahlungen aufgrund diverser Reformen nur wenig steigen.

Niveau des Jahres 2000; das Arbeitsvolumen der abhängig Beschäftigten ebenfalls.

In allerjüngster Zeit haben sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wieder von dem scharfen Rückgang in der Krise erholt. Auch die Nettolöhne haben in der Summe real zugelegt – allerdings nur deshalb, weil das Beschäftigungsvolumen ausgeweitet wurde. Es bleibt abzuwarten, ob über Lohnanhebungen alsbald auch die Stundenlöhne wachsen, die zuletzt trotz des Aufschwungs abnahmen.

... und hin zu den einkommensstarken Haushalten

Die Umfragedaten des SOEP⁹ geben weitere Informationen über die Einkommensentwicklung und das Sparverhalten. So lassen sich die privaten Haushalte für einzelne Befragungsjahre nach der Höhe ihrer Einkommen gliedern. Einkommensangaben liegen für die Monate der Befragung und für Jahre vor. Bei den Monatseinkommen geht es um die laufenden Einkünfte; Einkünfte wie Sonderzahlungen an Arbeitnehmer (Weihnachts- oder Urlaubsgeld) oder Dividenden- und Zinseinnahmen, die nur hin und wieder im Jahresverlauf anfallen, sind in der Regel nicht berücksichtigt. Bei den Jahreseinkommen sind solche Einkommensbestandteile enthalten; bei den ermittelten Jahreseinkommen handelt es sich aber naturgemäß um die Einkünfte aus dem Jahr, das dem Zeitpunkt der Befragung vorangegangen ist. Verwendet wird hier jeweils das Nettoeinkommen, also das Haushaltseinkommen nach Steuern und Sozialabgaben – mithin das verfügbare Einkommen. Ausgewiesen werden nominale Größen; Preissteigerungen bleiben unberücksichtigt.

Nach den SOEP-Daten sind die Einkommen der Haushalte mit höheren Einkommen in überdurchschnittlichem Maße gestiegen; besonders das Zehntel aller Haushalte am oberen Ende der Einkommensskala konnte die Einkünfte vermehren (Tabelle 1). Das zeigt sich anhand der Medianeinkommen in den einzelnen Haushaltsgruppen sowohl für die Monats- als auch für die Jahreseinkommen.¹⁰ Und

⁹ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G., Frick, J., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, 127 (1), 2007, 139–169.

¹⁰ Weil Umfragedaten immer mit gewissen statistischen Unsicherheiten behaftet sind, wird der Blick vor allem auf die mittleren Einkommen (Medianwerte) in den einzelnen Haushaltsgruppen gerichtet, da diese vergleichsweise robust gegenüber Angaben einzelner Haushalte sind, die das Bild verzerren können. Der Median des Einkommens in einer Haushaltsgruppe bedeutet, dass die eine Hälfte der Haushalte in dieser Gruppe weniger und die andere Hälfte mehr als den ermittelten Betrag an Einkommen erzielt.

Tabelle 1

Haushalte nach Einkommensgruppen und ihr Nettoeinkommen

		Alle Haushalte	Haushalte, die auf der Einkommensskala zum ... der Einkommensbezieher zählen				
			zum unteren Zehntel	zum unteren Viertel	zur unteren Hälfte	zur oberen Hälfte	zum oberen Viertel
Monatliches Nettoeinkommen in Euro – Median							
1997	1 595	571	818	1 114	2 301	2 965	3 835
1998	1 626	614	869	1 099	2 301	2 965	3 732
1999	1 692	629	895	1 150	2 393	3 068	3 835
2000	1 764	639	895	1 176	2 556	3 068	4 090
2001	1 790	660	916	1 176	2 556	3 068	4 090
2002	1 800	630	900	1 200	2 500	3 100	3 800
2003	1 800	650	900	1 200	2 600	3 200	4 500
2004	1 800	650	908	1 200	2 600	3 200	4 000
2005	1 800	660	936	1 250	2 600	3 300	4 500
2006	1 800	650	900	1 200	2 600	3 400	4 500
2007	1 800	653	900	1 200	2 700	3 400	4 500
2008	1 830	650	900	1 200	2 800	3 500	4 550
2009	1 900	700	951	1 300	2 800	3 600	4 800
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent							
1997 bis 2003	2,0	2,2	1,6	1,2	2,1	1,3	2,7
2004 bis 2009	1,1	1,5	0,9	1,6	1,5	2,4	3,7
Jährliches Nettoeinkommen in Euro - Median							
1997 ¹	21 925	7 102	10 231	14 179	31 828	40 569	52 914
1998 ¹	22 595	7 368	10 491	14 401	32 806	42 153	55 453
1999 ¹	23 714	7 733	10 719	14 775	34 163	43 834	57 809
2000 ¹	23 448	7 646	10 733	14 941	34 427	44 642	58 128
2001 ¹	23 482	7 440	10 906	15 041	34 510	43 739	57 388
2002 ¹	24 304	7 696	10 893	15 389	36 128	45 968	62 382
2003 ¹	24 212	7 647	11 040	15 388	35 720	45 980	60 943
2004 ¹	24 277	8 054	11 260	15 663	36 523	47 202	63 066
2005 ¹	24 113	7 742	11 081	15 131	36 320	47 018	63 146
2006 ¹	24 237	7 944	11 092	15 570	36 837	48 109	64 661
2007 ¹	24 670	8 053	11 367	15 807	37 284	49 051	67 776
2008 ¹	24 765	7 944	11 294	15 941	37 992	49 492	66 830
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent							
1997 ¹ bis 2003 ¹	1,7	1,2	1,3	1,4	1,9	2,1	2,4
2004 ¹ bis 2008 ¹	0,5	-0,3	0,1	0,4	1,0	1,2	1,5
Jährliches äquivalenzgewichtetes Nettoeinkommen in Euro – Median							
1997 ¹	14 555	6 340	8 590	11 004	19 516	24 626	32 269
1998 ¹	14 901	6 627	8 932	11 331	20 366	25 455	32 901
1999 ¹	15 636	6 966	9 121	11 633	21 404	26 524	34 309
2000 ¹	15 878	6 782	9 191	11 718	21 420	26 921	34 718
2001 ¹	15 950	6 651	9 000	11 703	21 595	27 104	35 795
2002 ¹	16 502	6 784	9 181	11 931	22 763	28 505	37 402
2003 ¹	16 568	6 912	9 334	11 987	22 514	28 159	37 120
2004 ¹	16 847	7 200	9 503	12 204	22 940	29 419	38 124
2005 ¹	16 835	6 856	9 091	11 978	23 055	29 442	39 570
2006 ¹	16 952	7 053	9 330	12 205	23 366	29 900	39 896
2007 ¹	17 406	7 377	9 600	12 428	23 874	30 387	40 979
2008 ¹	17 567	7 268	9 589	12 626	24 141	30 337	41 275
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent							
1997 ¹ bis 2003 ¹	2,2	1,5	1,4	1,4	2,4	2,3	2,4
2004 ¹ bis 2008 ¹	1,1	0,2	0,2	0,9	1,3	0,8	2,0

¹ Angaben über die Einkommen der im jeweils darauffolgenden Jahr befragten Haushalte.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Die Einkommen der Haushalte mit höheren Einkommen sind überdurchschnittlich stark gestiegen.

bei den Jahreseinkommen trifft das auch dann zu, wenn man sie mit der Zahl der Haushaltsmitglieder gewichtet und somit in Rechnung stellt, dass die Höhe der Einnahmen wie der Ausgaben von der Zahl der Haushaltsmitglieder abhängt.¹¹ Die Tendenz, dass die Haushalte mit den höchsten Einkommen ihre Einnahmen in überdurchschnittlichem Maße steigern konnten, zeigt sich schon seit Ende der 90er Jahre. Im Konjunkturzyklus von 1997 bis 2003 waren die Unterschiede bei der Einkommensentwicklung aber längst nicht so groß wie im darauf folgenden Zyklus von 2004 bis 2009. Im letzten Zyklus fällt zudem auf, dass die Haushalte in der unteren Hälfte der Skala stärker als zuvor bei der Einkommensentwicklung hinterherhinkten.

Die Zunahme der Einkommensspreizung unter den Haushalten zeigt sich an der Gegenüberstellung der mittleren Einkommen einzelner Haushaltsgruppen. Dabei ist wiederum zwischen den letzten zwei Konjunkturzyklen zu unterscheiden. Im Zyklus von 1997 bis 2003 sind die Einkommensunterschiede im Aufschwung zum Teil eher geringer geworden oder stabil geblieben – je nach dem, welche Haushaltsgruppen und Arten von Haushaltseinkommen miteinander verglichen werden. Im letzten Zyklus gab es dagegen eine deutlich wachsende Spreizung der Einkommen. So kam im Jahr 2004 das Viertel aller Haushalte mit den höchsten Einkommen auf das 1,78-fache des mittleren Einkommens aller Haushalte, im Jahr 2008 war es das 1,91-fache (Tabelle 2). Noch größer sind die Einkommensunterschiede bei den Jahresbezügen, weil dabei auch unregelmäßige Einkünfte berücksichtigt werden. Geringer fallen dagegen die Einkommensdifferenzen bei den äquivalenzgewichteten Jahreseinkommen aus, weil dabei in Rechnung gestellt wird, dass die Höhe des Einkommens der Haushalte auch von der Zahl seiner Mitglieder abhängt, die immer zum Gesamteinkommen beitragen – und sei es nur in der Form von Transferzahlungen. Von 2008 bis 2009 ist allerdings – Angaben liegen derzeit nur für die Monateinkommen vor – die Einkommensungleichheit offenbar zurückgegangen.

Deutlicher als bei den mittleren Einkünften zeigt sich die wachsende Einkommenskluft bei den Anteilen, die vom gesamten Einkommen auf die einzelnen Haushaltsgruppen entfallen.¹² Das obere Viertel der

Tabelle 2

Entwicklung der Einkommensunterschiede unter Gruppen von Haushalten

Relation der Medianwerte der Haushaltsnettoeinkommen

	Verhältnis der Einkommen der Haushalte nach ihrer Position auf der Einkommensskala					
	oberes Zehntel zum unteren Zehntel	oberes Zehntel zum mittleren Einkommen	oberes Viertel zum mittleren Einkommen	mittleres Einkommen zum unteren Viertel	mittleres Einkommen zum unteren Zehntel	obere Hälfte zur unteren Hälfte
Monatliches Nettoeinkommen						
1997	6,72	2,40	1,86	1,95	2,79	2,07
1998	6,08	2,30	1,82	1,87	2,65	2,09
1999	6,10	2,27	1,81	1,89	2,69	2,08
2000	6,40	2,32	1,74	1,97	2,76	2,17
2001	6,20	2,28	1,71	1,95	2,71	2,17
2002	6,03	2,11	1,72	2,00	2,86	2,08
2003	6,92	2,50	1,78	2,00	2,77	2,17
2004	6,15	2,22	1,78	1,98	2,77	2,17
2005	6,82	2,50	1,83	1,92	2,73	2,08
2006	6,92	2,50	1,89	2,00	2,77	2,17
2007	6,89	2,50	1,89	2,00	2,76	2,25
2008	7,00	2,49	1,91	2,03	2,82	2,33
2009	6,86	2,53	1,89	2,00	2,71	2,15
Jährliches Nettoeinkommen						
1997 ¹	7,45	2,41	1,85	2,14	3,09	2,24
1998 ¹	7,53	2,45	1,87	2,15	3,07	2,28
1999 ¹	7,48	2,44	1,85	2,21	3,07	2,31
2000 ¹	7,60	2,48	1,90	2,18	3,07	2,30
2001 ¹	7,71	2,44	1,86	2,15	3,16	2,29
2002 ¹	8,11	2,57	1,89	2,23	3,16	2,35
2003 ¹	7,97	2,52	1,90	2,19	3,17	2,32
2004 ¹	7,83	2,60	1,94	2,16	3,01	2,33
2005 ¹	8,16	2,62	1,95	2,18	3,11	2,40
2006 ¹	8,14	2,67	1,98	2,19	3,05	2,37
2007 ¹	8,42	2,75	1,99	2,17	3,06	2,36
2008 ¹	8,41	2,70	2,00	2,19	3,12	2,38
Jährliches Nettoeinkommen äquivalenzgewichtet						
1997 ¹	5,09	2,22	1,69	1,69	2,30	1,77
1998 ¹	4,96	2,21	1,71	1,67	2,25	1,80
1999 ¹	4,92	2,19	1,70	1,71	2,24	1,84
2000 ¹	5,12	2,19	1,70	1,73	2,34	1,83
2001 ¹	5,38	2,24	1,70	1,77	2,40	1,85
2002 ¹	5,51	2,27	1,73	1,80	2,43	1,91
2003 ¹	5,37	2,24	1,70	1,78	2,40	1,88
2004 ¹	5,29	2,26	1,75	1,77	2,34	1,88
2005 ¹	5,77	2,35	1,75	1,85	2,46	1,92
2006 ¹	5,66	2,35	1,76	1,82	2,40	1,91
2007 ¹	5,56	2,35	1,75	1,81	2,36	1,92
2008 ¹	5,68	2,35	1,73	1,83	2,42	1,91

¹ Angaben über die Einkommen der im jeweils darauffolgenden Jahr befragten Haushalte.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Die Spreizung der Einkommen hat nach oben und nach unten hin zugenommen.

Haushalte auf der Einkommensskala hat seinen Anteil schon seit 1999 nahezu stetig ausweiten können (Abbildung 8). Im Jahr 2008 entfiel auf diese Haushalte fast die Hälfte des gesamten Einkommens aller Privathaushalte. Das war mehr als die Einkommenssumme, auf das die mittlere Hälfte der Haushalte kam. Deren Einkommensanteil ist gesunken. Ebenfalls abgenommen hat der Anteil am gesamten Einkommen, der auf das untere Viertel der Haushalte

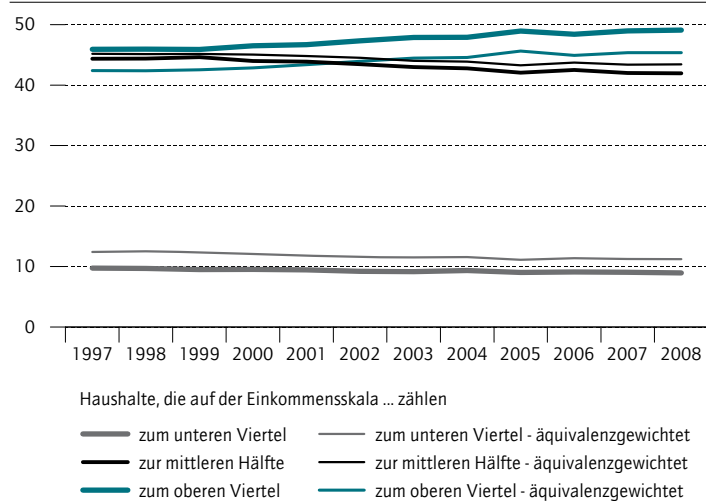
¹¹ Zur Äquivalenzgewichtung wurde die OECD-Skala verwendet. Das erste erwachsene Haushaltsmitglied bekommt dabei den Faktor „1“ zugewiesen. Jedes weitere erwachsene Haushaltsmitglied erhält den Faktor „0,5“ und Kinder den Faktor „0,3“. Das äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen ergibt sich, indem das tatsächliche Haushaltseinkommen durch die Summe der Faktoren geteilt wird.

¹² Weil die Haushalte nach der Höhe ihres Einkommens nicht immer exakt abzugrenzen waren, mussten bei der Verteilung der Haushaltseinkommen Gewichtungen vorgenommen werden. Sie waren aber nur geringfügig und hatten deshalb allenfalls marginale Auswirkungen auf die Ergebnisse.

Abbildung 8

Anteile von Haushaltsgruppen am gesamten Nettojahreseinkommen der privaten Haushalte in Deutschland

Anteil an allen Haushaltseinkommen in Prozent



Angaben über die Einkommen der im jeweils darauffolgenden Jahr befragten Haushalte.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

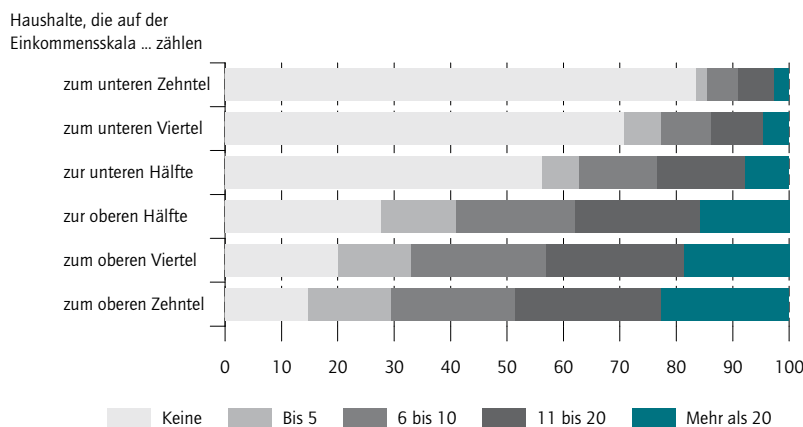
DIW Berlin 2011

Das oberste Viertel der Haushalte konnte seinen Anteil an den Einkommen stetig ausbauen.

Abbildung 9

Anteil der laufenden Ersparnisse am monatlichen Haushaltseinkommen nach Einkommensgruppen 2009

Anteil an allen Haushalten der jeweiligen Gruppe in Prozent



Quellen: Das SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Mehr als 50 Prozent der Haushalte in der unteren Einkommenshälfte spart überhaupt nicht.

auf der Skala entfällt. Etwas ungünstiger sieht die Einkommensposition für die Bezieher hoher Einkünfte aus, wenn die äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen betrachtet werden – aber nicht viel. Und auch bei den äquivalenzgewichteten Einkommen zeigt sich eine zunehmende Einkommensspreizung bis 2008.

Einkommensstarke Haushalte haben vermehrt gespart

Anhand des SOEP lässt sich auch ermitteln, welche Haushalte von ihrem laufenden monatlichen Einkommen überhaupt etwas sparen und wie hoch die monatlichen Sparbeträge sind.¹³ Etwa 60 Prozent aller Haushalte sparen regelmäßig, um damit größere Anschaffungen in der Zukunft zu finanzieren oder um Vorsorge für das Alter bzw. für eine mögliche Notlage zu treffen. Die übrigen 40 Prozent sparen nichts. Dieser Anteil hat sich in den Jahren des letzten Konjunkturzyklus' nicht nennenswert verändert; im Zyklus davor war er mit etwa 36 Prozent niedriger.

Das Ausmaß des Sparens hängt – wie nicht anders zu erwarten – von der Höhe der Einkünfte ab. Je höher die Haushalte in der Einkommensskala rangieren, desto höher ist in den einzelnen Gruppen der Anteil jener, die regelmäßig sparen, und desto höher ist auch der Anteil am Einkommen, der gespart wird. So spart von den zehn Prozent der Haushalte mit dem höchsten Monatseinkommen nur jeder Siebte nichts von den regelmäßigen Einkünften – aber immerhin fast ein Viertel dieser Gruppe legt monatlich einen Betrag von mehr als 20 Prozent seiner Einnahmen zurück (Abbildung 9). Von den zehn Prozent der Haushalte am unteren Ende der Skala sparen dagegen mehr als 80 Prozent überhaupt nichts.

Im Zyklus von 1997 bis 2003 haben die Haushalte aller Einkommensgruppen in mehr oder minder starkem Maße – jedenfalls in der Aufschwungphase – ihre Spartätigkeit eingeschränkt (Tabelle 3). Im darauf folgenden Konjunkturzyklus war es dagegen anders. Nur die Haushalte mit einem geringen Einkommen haben der Tendenz nach ihre Sparleistung reduziert – und haben also die Möglichkeiten zum Konsum genutzt. Bei den Beziehern höherer Einkommen stieg dagegen bereits im Aufschwung die Sparquote – erst mit der Krise im Jahr 2009 sank sie. In jenem Jahr entfielen 60 Prozent aller laufenden monatlichen Ersparnisse auf das Viertel der Haushalte am oberen Ende der Einkommensskala; im Jahr waren es erst 50 Prozent. Das Viertel am unteren Ende der Skala erreichte dagegen 2009 nur vier Prozent der gesamten Sparsumme (2000: sechs Prozent).

Auf Haushalte mit einem hohen Einkommen entfällt der größte Teil der Einkünfte aus Selbständigkeit und Vermögen – auf das Zehntel der Haushalte am oberen Ende der Einkommensskala immerhin zwei

¹³ Das tatsächliche Sparverhalten dürfte dabei wegen nur der monatlichen Erfassung der Sparbeträge unterschätzt werden, weil bei wohl nicht wenigen Haushalten auch Steuerrückerstattungen, Einmalzahlungen bei Lohneinkünften sowie in längeren Zeitabständen unregelmäßig zufließende Vermögenseinkommen zur Ersparnis genutzt werden. Die SOEP-Daten sind daher mit der amtlichen Statistik nur beding vergleichbar.

Tabelle 3

Haushalte nach ihrem Nettomonatseinkommen und ihrem Sparverhalten

	Alle Haushalte	Haushalte, die auf der Einkommensskala zum ... der Einkommensbezieher zählen					
		zum unteren Zehntel	zum unteren Viertel	zur unteren Hälfte	zur oberen Hälfte	zum oberen Viertel	zum oberen Zehntel
Monatliche Ersparnisse in Euro – Median							
1997	100	0	0	25	250	250	500
1998	100	0	0	0	200	250	500
1999	100	0	0	0	225	250	500
2000	100	0	0	25	250	250	500
2001	100	0	0	25	225	250	500
2002	100	0	0	0	200	250	400
2003	100	0	0	0	200	300	500
2004	100	0	0	0	200	300	400
2005	100	0	0	0	200	300	500
2006	100	0	0	0	200	300	500
2007	100	0	0	0	200	300	500
2008	100	0	0	0	200	300	500
2009	100	0	0	0	200	300	500
Monatliche Ersparnisse in Euro – Mittelwert							
1997	212	25	53	93	332	464	683
1998	204	25	51	85	322	448	652
1999	208	23	55	90	327	450	639
2000	212	20	55	93	331	431	595
2001	210	23	49	92	324	442	640
2002	195	20	42	85	315	427	600
2003	208	22	47	88	332	465	725
2004	204	18	45	83	330	470	713
2005	215	19	47	86	351	493	781
2006	215	20	39	80	359	530	793
2007	220	11	36	76	367	535	884
2008	229	17	38	79	383	559	898
2009	228	15	39	84	377	546	798
Monatliche Ersparnisse in Prozent des Monatsnettoeinkommens							
1997	11,6	4,5	6,7	8,6	12,9	14,3	16,2
1998	11,1	4,1	6,3	7,9	12,5	13,8	15,8
1999	10,9	3,7	6,5	8,0	12,2	13,4	14,9
2000	10,8	3,2	6,4	8,1	11,9	12,6	13,3
2001	10,6	3,7	5,7	7,9	11,6	12,8	14,2
2002	9,8	3,3	4,9	7,2	11,0	12,1	13,3
2003	10,0	3,4	5,4	7,4	11,1	12,4	14,3
2004	9,8	3,0	5,1	6,9	11,0	12,4	14,6
2005	10,3	2,9	5,3	7,1	11,7	13,0	15,5
2006	10,2	3,2	4,6	6,7	11,7	13,6	15,4
2007	10,3	1,8	4,1	6,4	11,9	13,7	16,9
2008	10,6	2,7	4,3	6,5	12,2	13,9	16,9
2009	10,3	2,2	4,3	6,7	11,7	13,2	15,0

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Im Konjunkturzyklus von 1997 bis 2003 haben alle Haushalte ihre Spartätigkeit im Aufschwung zurückgefahren – ein Verhalten, das sich im jüngsten Konjunkturzyklus völlig verändert hatte.

Drittel (Abbildung 10). Nur ein geringer Teil dieser Einkünfte wird von Haushalten mit einem mittleren Einkommen bezogen. Und bei den Haushalten mit einem geringen Einkommen fallen solche Einkünfte fast gar nicht an; diese Haushalte stützen sich zu einem großen Teil auf Transferbezüge.

Fazit

In der Untersuchung wurde der Frage nachgegangen, warum sich der private Verbrauch als der auch in der deutschen Volkswirtschaft wichtigste Teil der

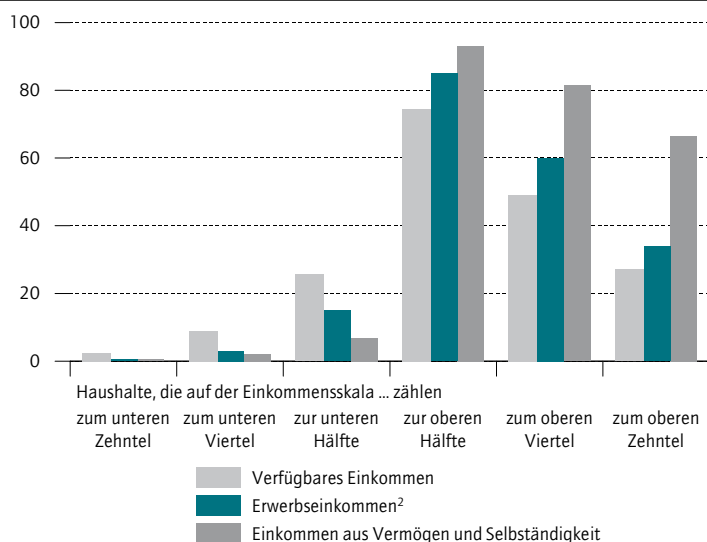
Güternachfrage in den letzten Jahren schwach entwickelt hat. Am Wachstum der gesamten verfügbaren Einkommen kann es nicht liegen, denn sie sind im letzten Konjunkturzyklus kaum schwächer als die Wirtschaftsleistung und nicht weniger deutlich als im vorhergehenden Zyklus gestiegen, in dem der private Konsum kräftig expandierte. Auffallend ist vor allem, dass im Aufschwung vor der jüngsten Krise nicht die Konsum-, sondern die Sparneigung gewachsen ist.

Dieses unübliche Verhalten hängt mit einer starken Einkommensumverteilung zusammen, denn die verfügbaren Einkommen wurden mehr und mehr

Abbildung 10

Haushalte 2009 nach Einkommensklassen¹ und der auf die jeweiligen Klassen entfallende Anteil an den gesamten verfügbaren Einkommen, den Erwerbseinkommen sowie den Einkommen aus Vermögen und selbständiger Tätigkeit

In Prozent

¹ Klassifiziert nach dem verfügbaren Jahreseinkommen 2008.² Einschließlich Einkommen aus selbständiger Tätigkeit.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

Die Gewinn- und Vermögenseinkünfte konzentrieren sich auf die Bezieher hoher Einkommen.

aus den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gespeist, und die Lohneinkommen blieben deutlich zurück.¹⁴ Zugleich verschoben sich die Einkünfte hin zu den Beziehern hoher Einkommen.

¹⁴ Bei der Untersuchung hier geht es um die Verteilung der Einkommen in den Aggregatdaten, und nicht um die Verteilung auf individueller Ebene. Bei einer Betrachtung der personenbezogenen Einkommen und ihrer Quellen müsste u. a. auch die Zahl der Bezieher der jeweiligen Einkommensarten sowie die zur der Erzielung der jeweiligen Einkommen benötigten Arbeitszeiten berücksichtigt werden. Vor allem zu der Lohnentwicklung gibt es eine Reihe solcher Untersuchungen, die durchweg zu dem Ergebnis kommen, dass auch auf der individuellen Ebene die Lohnentwicklung seit vielen Jahren sehr schwach war. Vgl. u. a.: Brenke, K.: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig. Wochenbericht des DIW, Nr. 33/2009.

JEL Classification:
E21, E25, D14

Keywords:
Private consumption,
Saving rate,
Income distribution

Diese Haushalte sparen nicht nur generell wesentlich mehr als die Haushalte mit einem geringen Einkommen, sondern die Bezieher hoher Einkommen haben bis zur Krise ihre Sparquote sogar noch erhöht. Durch die Umverteilung wurde ein wachsender Teil der Kaufkraft in die Ersparnisse umgelenkt und dadurch der Konsumnachfrage entzogen.

Mit der Untersuchung wurde der Zusammenhang von Einkommen, Konsum und Sparen in den Blick genommen – und in dieser Perspektive ging es um die Möglichkeit der Ersparnisbildung. Ausgeblendet wurden die Motive des Sparens. Diese werden gewiss vielfältig sein. So ist es nur zu verständlich, dass Selbständige einen Teil ihrer laufenden Einkommen zur Altersversorgung zurücklegen, da sie in der Regel nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Zudem dürften nicht wenige Arbeitnehmer dem Ruf der Politik gefolgt sein, für das Alter vorzusorgen – zumal auch Subventionen winken. Gewiss spielen neben Veränderungen in der Einkommensstruktur auch Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur eine Rolle. Aber letztlich hängt das Sparverhalten vor allem davon ab, ob überhaupt aufgrund der Einkommen Mittel zur Verfügung stehen, die gespart werden können.

Eine steigende Sparquote wäre dann für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland kein Problem, wenn die Ersparnisse an anderer Stelle – insbesondere auf dem Wege von Investitionen – in den Wirtschaftskreislauf fließen würden. Das ist aber offenkundig nicht der Fall, denn die Anlageinvestitionen bewegten sich in den letzten Jahren – gemessen an der Wirtschaftsleistung – auf einem Niveau, das deutlich geringer war als in früheren Jahrzehnten. Das Wirtschaftswachstum wurde vor allem durch vermehrte Exporte generiert, die zu wachsenden Außenhandelsüberschüssen geführt haben. Ein dauerhafter Überschuss bedeutet nichts anderes, als dass stetig ein Teil des Produktionsergebnisses der inländischen Verwendung entzogen wird; dieser Teil fließt als Kapitalexport ins Ausland ab. Wenn ein Teil des erwirtschafteten Einkommens nicht wieder der Inlandsnachfrage zugute kommt, lebt die deutsche Gesellschaft unter ihren Verhältnissen. Und offenbar hängt das auch mit der Einkommensverteilung zusammen.

Fünf Fragen an Karl Brenke

„Privater Verbrauch: Niedrige Einkommen profitieren nicht vom Aufschwung“



Herr Brenke, wie hat sich der private Verbrauch in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt?

Der private Verbrauch war in den letzten Jahren außerordentlich schwach. Das gilt umso mehr, wenn man den letzten Konjunkturzyklus mit dem davor vergleicht. Die privaten Konsumenten haben sich mit Käufen deutlich zurückgehalten, und das hat natürlich die Konjunktur gedämpft.

Wird das Geld nicht ausgegeben, weil gespart wird, oder haben die Konsumenten schlicht kein Geld zur Verfügung?

Man konnte in den letzten Jahren eine Entwicklung beobachten, die außergewöhnlich war. Zwar stiegen die Einkommen der privaten Haushalte durchaus, allerdings wurde vermehrt gespart. Wenn die Konjunktur anzieht und die Beschäftigung steigt, dann sind die Leute üblicherweise mit ihren Ausgaben weniger vorsichtig und geben mehr aus. Das allerdings passierte im letzten Konjunkturzyklus überhaupt nicht. Der Grund dafür liegt nicht in einer Änderung des Konsumverhaltens, sondern daran, dass sich die Einkommensverteilung geändert hat. Zwar haben sich die Einkommen insgesamt gar nicht mal schlecht entwickelt, profitiert haben aber hauptsächlich die Haushalte mit einem höheren Haushaltsbudget, und gerade diese Haushalte sparen vermehrt. Sie haben ihre Spartätigkeit in den letzten Jahren sogar aufgestockt.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland hat sich nach der Krise recht gut entwickelt. Dann sollte doch auch insgesamt mehr Geld für private Ausgaben vorhanden sein?

Die zentrale Frage ist: Wohin fließt das Geld, das über mehr Wirtschaftsleistung erarbeitet worden ist? Hier kann man feststellen, dass dieses „Mehr“ sehr ungleich verteilt worden ist, hin zu den Haushalten mit hohem Einkommen, die eben vermehrt sparen. Die unteren Haushalte haben eher schwache Einkommenszuwächse

erzielt, und gerade die unteren Haushalte sind ja üblicherweise diejenigen, die einen großen Teil ihrer Einnahmen auch konsumieren. Ein großer Teil dieser Haushalte hat also gar nicht so viel mehr Geld zum Konsumieren. Das heißt, der wirtschaftliche Aufschwung ist bei den niedrigeren Einkommen zu einem erheblichen Teil nicht angekommen.

Wie wird sich die Einkommensumverteilung weiter entwickeln?

Wie sich die Einkommensumverteilung in den nächsten Jahren entwickeln wird, ist schwer zu sagen. Durch die Krise ist die Umverteilung wieder etwas zurückgenommen worden. Denn insbesondere die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie die selbständigen Einkommen sind in dieser Zeit deutlich gesunken. Inzwischen sind sie aber wieder auf dem Vormarsch. Viel wird in den nächsten Jahren davon abhängen, wie sich die Löhne entwickeln werden. Wenn es den Gewerkschaften gelingt, höhere Lohnforderungen durchzusetzen, muss sich diese Umverteilung nach oben, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, nicht fortsetzen.

Wie könnte mehr für die Inlandsnachfrage getan werden?

Ich glaube nicht, dass man staatlicherseits irgendetwas tun sollte, um den privaten Verbrauch anzukurbeln. Zentral ist an dieser Stelle die Lohnpolitik. Was mir ein bisschen Sorge macht, ist, dass wir auch bei den Investitionen in den letzten Jahren geschwächt haben. Das gilt nicht zuletzt auch für die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand. Man sieht das gerade hier in Berlin, wo die Infrastruktur ziemlich marode ist und man zum Teil von der Substanz lebt. Auch die Probleme bei der Deutschen Bahn fallen in diese Kategorie. Ich glaube, hier ist die Politik gefragt, in den nächsten Jahren stärkeres Augenmerk darauf zu legen, dass in die Infrastruktur investiert wird.

Viel wird in den
nächsten Jahren
davon abhängen,
wie sich die Löhne
entwickeln werden.

Karl Brenke,
Wissenschaftlicher Referent
im Vorstand des DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
**Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview**

Weekly Report

No. 1/2011

Considering Emigration: German University Graduates Are Moving Abroad – But Only Temporarily

Elisabeth Liebau, Jürgen Schupp

Much of the current German debate about the integration of immigrants overlooks the fact that Germany is not solely a country of immigration, but also—and to a substantial degree—a country of emigration. One of the largest groups of emigrants is made up of Germans themselves. The percentage of German natives in the total population of emigrants has risen substantially over the last few years. In 2009, of the almost 750,000 individuals who emigrated from Germany, 155,000 were German citizens. Data from the Socio-Economic Panel (SOEP) show that in 2009, one in every eight German citizens seriously considered moving abroad. Of these, one in three considered leaving Germany permanently and one in eleven considered leaving within the next twelve months. Of the factors that tend to favor emigration, previous experiences and friends abroad play a crucial role. University graduates are more inclined to move abroad temporarily. Concerns that Germany is suffering a “brain drain”, losing its best and brightest to other countries, are therefore unjustified at the present time.

Weekly Report

No. 2/2011

The Legacy of Civil War: The Case of Mozambique

Lena Giesbert, Kati Schindler

How do households cope with post-war economic reconstruction? Are groups of households trapped in poverty? These questions are discussed using the case of Mozambique, a nation in Southern Africa. Shortly after gaining independence in 1975, Mozambique delved into a civil war that lasted until 1992. Our analysis explores poverty dynamics among rural households a decade after the civil war ended. Findings indicate that both income and asset endowments are very low and the prevalence of poverty is high. However, there is no evidence that households are trapped in poverty. Instead, the rural farm-based economy as such provides very few prospects for improved livelihoods. This appears to be one of the legacies of the civil war, which destroyed much of the public infrastructure and the physical asset endowments of households and increased the welfare gap between urban and rural areas.

Weekly Report

No. 3/2011

Do New Opportunities Arise for Women in Post-war Countries? The Case of Rwanda

Kati Schindler

Violent conflict is a severe obstacle for economic development and poverty alleviation. It harms humans and destroys physical property. However, conflict may also trigger social change. This contribution discusses how women may assume new economic responsibilities in a post-conflict environment. The analysis focuses on the case of Rwanda, a small landlocked nation in Central Africa that erupted into genocide in 1994. During the genocide, more men than women died, which caused a shortage of men in the post-genocide period. It is shown that the genocide affected women in different ways. Many widows became breadwinners of their household and took on new economic activities. In contrast, both wives and unmarried women conform to the traditional female gender ideal. This may be a strategy to improve their chances of getting married.

Veröffentlichungen des DIW Berlin

Anne Busch, Elke Holst

Gender-Specific Occupational Segregation, Glass Ceiling Effects, and Earnings in Managerial Positions: Results of a Fixed Effects Model

The study analyses the gender pay gap in private-sector management positions in Germany based on data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for the years 2001–2008. It focuses in particular on gender segregation in the labor market, that is, on the unequal distribution of women and men across different occupations and on the effects of this inequality on earnings levels and gender wage differentials in management positions. Our paper is, to our knowledge, the first in Germany to use time-constant unobserved heterogeneity and gender-specific promotion probabilities to estimate wages and wage differentials for persons in managerial positions. The results of the fixed effects model show that working in a more “female” job, as opposed to a more “male” job, affects only women's wages negatively. This result remains stable after controlling for human capital endowments and other effects. Mechanisms of the devaluation of jobs not primarily held by men also negatively affect pay in management positions (evaluative discrimination) and are even more severe for women (allocative discrimination). However, the effect is not linear; the wage penalties for women occur only in “integrated” (more equally male/female) jobs as opposed to typically male jobs, and not in typically female jobs. The devaluation of occupations that are not primarily held by men becomes even more evident when promotion probabilities are taken into account. An Oaxaca/Blinder decomposition of the wage differential between men and women in management positions shows that the full model explains 65 percent of the gender pay gap. In other words: Thirty-five percent remain unexplained; this portion reflects, for example, time-varying social and cultural conditions, such as discriminatory policies and practices in the labor market.

Discussion Paper Nr. 1101

January 2011

Tanika Chakraborty

Mother's Autonomy and Child Welfare

We construct a new, direct measure of female autonomy in household decision-making by creating an index from the principal components of a variety of household variables on which mother of a child takes decision. We then examine its impacts on her child's secondary education in Mexico and find that the children of Mexican mothers with greater autonomy in domestic decision making have higher enrolment in and lower probability of dropping out of secondary school. We use the relative proximity of spousal parents as instruments for relative autonomy to ameliorate the potential endogeneity between autonomy and welfare outcomes. We argue that omitted variables that may drive education and autonomy are likely to be uncorrelated with the ones driving location choice of families given the migration patterns in Mexico. However, the positive autonomy effect is weaker and non-existent for older children and for girls suggesting that gender-directed conditional cash transfer policies may not necessarily hasten educational and gender transition in the process of development.

Discussion Paper Nr. 1102

January 2011

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weiszäcker, Ph. D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt
Renate Bogdanovic

Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl.
Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch
auszugsweise – nur mit Quellenangabe und
unter Zusendung eines Belegexemplars an
die Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Schüssler 2008



Und wieder eine Steuerreform, die diesen Namen nicht verdient

von Alexander Kritikos*

Kürzlich hat es nach dem Absenken der Umsatzsteuer für Hotels eine erneute Steuerreform gegeben. Und keiner wird etwas merken. Wie auch. Die schwarz-gelbe Koalition hat die Anhebung der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer von aktuell 920 Euro um 80 auf 1 000 Euro beschlossen. Für einen Durchschnittsverdiener bedeutet das eine Erhöhung des Nettoeinkommens um zwei Euro pro Monat, wenn man einen Grenzsteuersatz von 30 Prozent annimmt. Und diese zwei Euro mehr gibt es auch nur für Arbeitnehmer, die bisher weniger als 920 Euro pro Jahr an Werbungskosten aufgewendet haben.

Zunächst gilt es der grundsätzlichen Frage nachzugehen, welchen Anforderungen eine Steuerreform genügen sollte, um diesen Namen tatsächlich zu verdienen. Unter Finanzwissenschaftlern hat sich die Vorstellung entwickelt, dass eine systematische Steuerreform – jenseits der Frage nach der Ausgestaltung des Spitzensteuersatzes – zu einer Absenkung und Vereinfachung der Steuertarife bei einer gleichzeitigen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage führen sollte. Das würde für alle Steuerpflichtigen dreierlei bedeuten: Erstens resultierte dann aus Arbeitseinkünften ganz grundsätzlich und nicht erst durch die Nutzung dutzender Steuervergünstigungen ein höheres Nettoeinkommen; zweitens gehören daher selbige Steuervergünstigungen konsequenterweise abgeschafft; drittens erleichtert sich damit das Erstellen der Steuererklärung. Jedem

Steuerpflichtigem bliebe das mühsame Suchen, sich Informieren und Umsetzen möglicher Ausnahmeregelungen erspart.

Nutzt man diesen Referenzpunkt, so wird deutlich, dass die jüngste Steueränderung der Regierung keine Reform war. Denn alle drei Komponenten blieben unverändert. Die weiteren Konsequenzen: Neben der ausbleibenden Wirkung in den Geldbeuteln der Betroffenen kommen geringere Einnahmen auf den Staat zu, sowie zusätzlicher Aufwand und damit zusätzliche Kosten auf die Finanzämter und Steuerberater, die ihre Programme erneut umstellen müssen. Auch konjunkturell wird die steuerliche Entlastung kaum spürbar sein, selbst wenn im Jahr 2011 die Vergünstigung einmalig im Dezember wirksam werden soll. Viel mehr Weihnachtsgeschenke werden deshalb auch nicht gekauft werden.

Für alle weiteren Regierungen bedeutet das: Eine echte Steuerreform kommt ohne die drei Komponenten – Absenken zumindest der mittleren Steuersätze, Verringerung der Zahl der Steuerstufen und der Zahl der Steuervergünstigungen – nicht aus. Diese Regierung, die mit dem Anspruch auf große Reformen gestartet ist, hat eine weitere Chance hierfür vertan. Da steigt der Verdacht auf, dass die Mikroreform eher den Wahlkampffreden dienen soll, wonach es gelungen sei, die Leistungsträger der Gesellschaft zu entlasten. Schließlich hat sich ja vorher kein Politiker darauf festgelegt, wie viel mehr Netto vom Brutto übrig bleiben soll.

* Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.